

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Berlin, 3.-4. Dezember 1984

---

Verehrte Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, den deutschen Freunden Dank und Anerkennung für die gute Organisation unserer Arbeit und den uns erwiesenen herzlichen Empfang zu danken.

Wir sind am Vorabend eines in Kürze bevorstehenden wichtigen Ereignisses im Leben der brüderlich verbundenen Parteien und Staaten - der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages - zusammengekommen. Wir haben also allen Grund, unsere heutige Tagung als ein wichtiges Kettenglied bei der gemeinsamen Vorbereitung der Tagung des PBA zu betrachten.

Ich denke, wir alle stimmen darin überein, daß die Entwicklung der internationalen Lage voll und ganz die kollektiven Einschätzungen und Schlußfolgerungen bestätigt, wie sie in der Prager Politischen Deklaration, der Moskauer Gemeinsamen Erklärung sowie in der Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe enthalten sind.

Ich komme nun auf die aktuellsten internationalen Fragen zu sprechen.

In erster Linie werde ich auf die Lage eingehen, die auf dem Gebiet des Kampfes um die Einstellung des Wettrüstens und die Verminderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges entstanden ist.

Diese Lage ist weiterhin kompliziert. Die USA gehen von ihrem auf die Erzielung militärischer Überlegenheit gerichteten Kurs nicht ab, sie forcieren die Aufstockung ihrer Rüstungsarsenale und hegen den Gedanken an eine Ausdehnung des Wettrüstens in eine äußerst gefährliche Richtung - den Weltraum.

Uns allen ist noch in Erinnerung, wie die amerikanische Seite die Genfer Verhandlungen vereitelt hat. Und bedenken Sie nur die Obstruktion, die sie gegenüber unserem Vorschlag bezüglich Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums gezeigt hat. Was haben sie nicht alles erdacht, um einer Erörterung dieses akuten Problems aus dem Wege zu gehen.

Der militaristische Kurs der amerikanischen Administration hat sich für seine Schöpfer allerdings in politischer Hinsicht offensichtlich in einen Bumerang verwandelt. Er traf auf entschiedenen Widerstand seitens der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Die Führung der USA mußte sich davon überzeugen, daß unsere friedliebende Außenpolitik in den Augen der Völker eine gewaltige Anziehungskraft ausübt und deren aktive Unterstützung genießt.

Der Kurs Washingtons, der zu einem Anwachsen der Kriegsgefahr in der Welt geführt hat, hat selbst unter den NATO-Verbündeten der USA, die nunmehr verhüllt, oder manchmal auch direkt ihr Mißfallen gegenüber dem abenteuerlichen Gebaren in der amerikanischen Politik zum Ausdruck brachten, Beunruhigung hervorgerufen. Auch das Gefühl der Besorgnis in den breitesten Schichten der Bevölkerung der westlichen Länder, in denen die Friedensbewegung wie eine Welle aufbrandete, darunter auch in den USA selbst, ist stärker geworden.

Mit all dem mußte man in Washington rechnen. Daher rühren also die übermäßigen Beteuerungen, man wünsche Verhandlungen und den Dialog mit Moskau.

Dies wiederholte Reagan nachdrücklich während unseres Treffens im Weißen Haus und danach auch in seinen Botschaften an K.U. Tschernenko. Der Präsident erklärte, daß die amerikanische Seite nach den Wahlen in den USA Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen werde.

Was ist nun in diesem Zusammenhang zu sagen? Die Sowjetunion hat immer den Standpunkt vertreten, ehrliche und sachliche Verhandlungen zu den Fragen der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, vor allem auf nuklearem Gebiet, zu führen. Das hat K.U. Tschernenko wiederholt erklärt.

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir uns kürzlich an die USA-Regierung mit dem Vorschlag gewandt, Verhandlungen zu dem gesamten Komplex von Fragen, die die Nuklear- und Weltraumwaffen insgesamt betreffen, zu führen.

Mit diesem Schritt hat die sowjetische Führung alle Elemente der entstandenen militär-strategischen und politischen Situation sorgfältig erwogen. Die Initiative der UdSSR steht in völligem Einklang mit der gesamten Politik unserer Länder, die auf die Gewährleistung realer Fortschritte zugunsten der Einstellung des Wettrüstens, der Gesundung der internationalen Lage und der Verminderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges gerichtet ist.

Ich möchte insbesondere betonen, daß es um vollkommen neue Verhandlungen geht, die sowohl die Nichtmilitarisierung des Weltraums als auch die Kernwaffenrüstungen - die strategischen und die mittlerer Reichweite - erfassen könnten. Dabei müßten all diese Fragen in ihrer Wechselbeziehung erörtert und gelöst werden.

Ein anderes Herangehen kann es jetzt nicht geben. Dies ist durch die reale Lage der Dinge begründet.

Sollte das Wettrüsten im Weltraum beginnen, würde es nicht nur nicht gestatten, ernsthaft von einer Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen zu reden, sondern wäre unweigerlich ein Katalysator des Wettrüstens auch in anderen Richtungen. Somit ist die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums eine Schlüsselfrage.

Die Sowjetunion ist bereit, radikalste Lösungen zu suchen und, auszuarbeiten, die eine Verminderung des Niveaus der nuklearen Konfrontation - sowohl im europäischen als auch im Weltmaßstab - bedeuteten und es gestatten würden, sich in Richtung des vollständigen Verbots und schließlich der Beseitigung der Kernwaffen zu bewegen.

Unsere Initiative wurde überall in der Welt gebilligt und weckte Hoffnung.

Wenn auch ungern, so gaben die Amerikaner doch ihre Zustimmung zu Verhandlungen. Jedoch nur die Zeit wird zeigen, ob sie diesmal eine realistischere Position beziehen werden. Unsere Erfahrungen im Umgang mit den USA zeugen in den letzten Jahren davon, daß die amerikanische Seite in der Regel hartnäckig darauf aus ist, in den Verhandlungen einseitige Vorteile zu erzielen.

Mein in Genf bevorstehendes Treffen mit Shultz wird bekanntlichermaßen zu einem Prüfstein. Es wird der Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnisses für den Gegenstand und die Ziele der Verhandlungen dienen. Wir erachten dies deshalb als äußerst wichtig und notwendig, damit die Verhandlungen von Anfang an zielgerichtet und konstruktiv geführt werden. Wir werden ja sehen, wie die Linie der USA in der Tat aussieht.

Im Kampf um die Minderung der internationalen Spannungen behalten die Anstrengungen unserer Länder zur Realisierung der in der Prager Politischen Deklaration unterbreiteten Vorschläge voll und ganz ihre Bedeutung.

Diese gemeinsame, auf eine lange Perspektive ausgerichtete Arbeit muß fortgesetzt werden, ohne in den Aktivitäten nachzulassen. Wir werden die Schweigetaktik, zu der die NATO-Länder Zuflucht genommen haben, entlarven und darauf bestehen, daß unsere Vorschläge ernsthaft erörtert werden.

Diese Initiativen haben wir auch auf der Konferenz in Stockholm zur Erörterung vorgelegt. Es ist erforderlich, unser Herangehen und das Programm unserer Vorschläge, das wir dort vorgelegt haben, auch in Zukunft zu verteidigen.

Das betrifft auch umfangreiche politische Initiativen - die Nichterstanwendung von Kernwaffen und die Initiative bezüglich des Abschlusses eines Vertrages über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt.

Das betrifft auch solche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, wie die Befreiung Europas von chemischen Waffen, die Nichterhöhung und Kürzung der Rüstungsbudgets und den Beitrag zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen des Kontinents.

Wir sind dafür, daß in Stockholm zusätzliche vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet erarbeitet werden, die ihrem Charakter und Umfang nach bedeutend weiter gehen sollten, als in der Schlußakte von Helsinki vorgesehen. Sie müssen in organischem Zusammenhang mit unseren umfangreichen politischen Initiativen gesehen werden.

Dem Verlauf der Konferenz zufolge müssen wir natürlich noch oft die mit ihr im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten erörtern. Der Mechanismus für entsprechende Konsultationen ist in Gang gesetzt. Das sind Arbeitstreffen der Stellvertreter der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, ständige Kontakte unserer Delegationen in Stockholm sowie andere Kanäle.

Im nächsten Jahr begehen wir den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki. Offensichtlich ist zu überlegen, wie das bevorstehende Jubiläum begangen werden soll, um das internationale Gewicht dieses grundlegenden politischen Dokuments zu bekräftigen. Doch wie dies geschehen soll, ist keine einfache Frage.

Vieles ist jetzt noch unklar. Es verbleiben noch acht Monate bis zu diesem Jubiläum. Später wird wahrscheinlich klarer sein, wie es begangen werden müßte. Wichtig ist, daß das Jubiläum nicht dazu mißbraucht wird, die Schlußakte von Helsinki zu untergraben.

Bei den Wiener Verhandlungen sind wir nach wie vor bereit, gegenseitig annehmbare Lösungen zu suchen, die eine Verminderung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa gewährleisten würden. Die im vergangenen Jahr unterbreiteten Vorschläge unserer Länder haben ihre Aktualität nicht eingebüßt und bilden eine gute Grundlage dafür, diesem Ziel näherzukommen. Es ist wichtig, ihren konstruktiven Charakter auch weiterhin fundiert zu erläutern und den unrealistischen Charakter der Position der NATO-Staaten aufzuzeigen.

Obwohl die USA auch dort insgesamt eine negative Haltung einnehmen, gibt es auf der Genfer Abrüstungskonferenz trotzdem Möglichkeiten, unsere Anstrengungen zu verstärken. Dies betrifft in erster Linie die Ausarbeitung einer Konvention über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen sowie auch andere wichtige Fragen, insbesondere das Verbot der Kernwaffenversuche. Wir werden unsere auf die Erarbeitung von Abrüstungsmaßnahmen gerichtete Linie aktiv und offensiv verfolgen, wobei wir Nuancen in der Haltung der westlichen Staaten berücksichtigen und umsichtig mit den neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten arbeiten.

Nun möchte ich noch kurz auf einige Tendenzen in der Politik der führenden westlichen Staaten und unsere Beziehungen zu ihnen eingehen.

Ich beginne bei der BRD. Die derzeitige Zielrichtung der Regierungspolitik dieses Landes muß uns zur Vorsicht mahnen. Sie steht immer weniger mit den Interessen von Stabilität und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent in Einklang.

Ihren Worten nach sind die Bonner Führer für Frieden, Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost. Jedoch ihren Taten nach zu urteilen ist die BRD jetzt einer der größten Verfechter des militaristischen Kurses der USA in Europa. Das Territorium der BRD wird zu einem riesigen Startplatz amerikanischer Raketen, die auf die Länder des Warschauer Vertrages gerichtet sind.

Die Politik der Regierung Kohl wird auch durch die Tatsache charakterisiert, daß sie von der "Westeuropäischen Union" die Aufhebung der Beschränkungen für die BRD bezüglich der Produktion von Offensivwaffen erwirkt hat. Damit wird der Weg für die Erhöhung der Kriegsvorbereitungen durch die BRD frei.

Es ist verständlich, daß eine solche Politik den Nährboden für die Aktivierung - und eine solche gibt es - der revanchistischen Kräfte in diesem Land schafft. Das offizielle Bonn versucht nicht nur nicht, diese Kräfte zu zügeln, die immer noch Hoffnungen auf eine Revision der territorialen Realitäten der Nachkriegszeit in Europa hegen, sondern erweist ihnen auch Förderung und Unterstützung.

Die gegenwärtige Führung der BRD ist bekanntlich geneigt, Handlungen zu unternehmen, die nicht anders gewertet werden können als Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder. Erst vor kurzer Zeit gab es solche Versuche, insbesondere gegenüber der DDR und Polen. Es ist völlig natürlich, daß unsere deutschen und polnischen Freunde diesen die gebührende Abfuhr erteilt haben.

Die Sowjetunion tritt offen und entschieden gegen die militaristischen und revanchistischen Erscheinungen auf, die sich im politischen Leben der BRD verstärken. Wir sind beharrlich bestrebt, den Führern dieses Landes zu Bewußtsein zu bringen, daß solche Tendenzen die Beziehungen der BRD mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Nachbarn der BRD nur belasten können, daß Bonn, und vor allem die Regierung Kohl, dafür voll und ganz die Verantwortung tragen müssen.

Offenkundig ist die Notwendigkeit, daß alle sozialistischen Staaten der genannten Linie in der Politik der BRD entschieden entgegenwirken, um die Regierung zu veranlassen, im Herangehen an die europäischen und internationalen Angelegenheiten mehr Realismus an den Tag zu legen. Die konsequente Verwirklichung unseres prinzipiellen Kurses stellt auch eine Unterstützung für diejenigen Kräfte in der BRD selbst dar, die aufrichtig in Frieden und guter Nachbarschaft mit den sozialistischen

Staaten leben wollen.

Es geht natürlich nicht darum, daß wir uns von der BRD abschotten sollten. Dort, wo dies unseren gemeinsamen Interessen entspricht, kann und muß man die Beziehungen zur BRD entwickeln.

In den Beziehungen zu Großbritannien sind irgendwelche positiven Veränderungen bisher nicht zu erkennen. In diesem Falle machen die Konservativen ihrem Namen alle Ehre. Die Regierung Thatcher beharrt auf der Position der vollen Unterstützung für den außenpolitischen Kurs der Reagan-Administration.

Wir ziehen natürlich in Betracht, daß sich in jüngster Zeit die Tory-Regierung zumindest verbal für einen Verfechter des Dialogs zwischen West und Ost ausgeben möchte und sogar den Wunsch bekundet, so etwas wie eine Vermittlerrolle in seiner Anbahnung zu spielen. Wir bezweifeln sehr, daß ein solches Amt für Thatcher geeignet ist.

Die politischen Kontakte mit der britischen Seite nutzen wir innerhalb der Grenzen, in denen dies für eine entsprechende Einflußnahme auf die Politik Londons möglich ist.

Nach dem kürzlichen Besuch Mitterands in der Sowjetunion haben sich die politischen Konsultationen und Kontakte mit Frankreich etwas belebt. Wir haben mit den Franzosen bei einigen internationalen Problemen Berührungspunkte. Das betrifft zum Beispiel solche wie die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums und die Festigung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Eine Reihe positiver Momente gibt es in Herangehen Frankreichs an die Lage in Mittelamerika und im Süden Afrikas. Das bezieht sich jedoch teilweise auf seine Nahostpolitik.

Das alles ziehen wir verständlicherweise in Betracht und bemühen uns nach Kräften, dieses zu befestigen, wenn wir unsere Beziehungen zu Paris gestalten. Zugleich sehen wir auch deutlich die Kehrseite der Medaille, nämlich daß die Politik Frankreichs in ihren

wesentlichen Aspekten sehr von unserer abweicht und auf die Unterstützung des militaristischen Kurses Washingtons ausgerichtet ist. Das zeigt sich vor allem in der Frage der Kernwaffen in Europa.

Mit den Franzosen gilt es, viel und geduldig zu arbeiten, um Veränderungen in ihrer Politik in der für uns notwendigen Richtung herbeizuführen.

In den Beziehungen zu Italien verschließt die Sowjetunion ihre Augen nicht davor, daß es in grundlegenden internationalen Fragen den USA folgt und einverstanden war, auf seinem Territorium amerikanische Marschflugkörper aufzunehmen.

Man spürt jedoch - das ergibt sich insbesondere aus den in diesem Jahr in Moskau und New York durchgeführten Gesprächen mit Andreotti - , daß die Italiener ihrerseits irgendwelche Schritte im Interesse einer Minderung der internationalen Spannungen unternehmen möchten. Diese ihre Bestrebungen, sollten sie eine praktische Entwicklung erfahren, werden von uns nur begrüßt werden.

Unser ständiges Augenmerk gilt auch Japan und seiner Außenpolitik. Der Kurs der Regierung Nakasone ist dergestalt, daß dieses Land immer mehr in den Prozeß der Remilitarisierung hineingezogen und an die Militärstrategie der USA und der NATO angekoppelt wird. Weiterhin wird auch die Frage der sogenannten "Nordterritorien" hochgespielt. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Politik zum Anwachsen von Stimmungen in Japan stimulierend beiträgt, die man nicht anders als revanchistisch bezeichnen kann.

Eine solche Situation kann nur einen Schatten auf die sowjetisch-japanischen Beziehungen werfen, was besonders auf politischem Gebiet zum Ausdruck kommt. Und darauf verweisen wir Tokio ohne Umschweife. Zugleich bekräftigen wir, daß wir mit Japan normale, gutnachbarliche Beziehungen haben wollen, daß dazu nur die japanische Seite bereit sein muß.

In letzter Zeit gibt die japanische Führung Erklärungen ab, daß sie danach strebt, die Beziehungen zur Sowjetunion zu korrigieren. Gleichgelagerte Äußerungen wurden insbesondere während des kürzlichen Besuchs unserer Parlamentsdelegation in Japan laut.

Kann man sagen, daß sich im Herangehen der japanischen Regierung an die Beziehungen zu unserem Land irgendwelche Veränderungen zum Besseren abzeichnen? Wenn man die praktische Seite der Angelegenheit nimmt, brauchte man eine starke Optik, um Anzeichen dafür zu entdecken.

Wir werden im Lichte des Dargelegten abwägen, wie wir uns dazu verhalten, daß sich die japanische Seite nachdrücklich einläßt, Tokio einen offiziellen Besuch abzustatten. Hier paßt wohl ein russisches Sprichwort, welches lautet "Eile mit Weile".

Ich komme jetzt zur Lage, die sich in einigen Regionen der Welt herausbildet.

Eine besondere Zuspitzung hat in der letzten Zeit die Lage in Mittelamerika und der Karibik erfahren. Hier betreibt Washington sozusagen in reinster Form eine Politik des Staatsterrorismus. Die Hauptzielscheibe der aggressiven Handlungen der USA in dieser Region ist jetzt Nikaragua.

Es ist bekannt, welcher verbrecherischer Methoden und Mittel sich Washington in seinen Versuchen bedient, das Volk dieses Landes daran zu hindern, den von ihm gewählten Weg der demokratischen Entwicklung zu gehen. Die USA haben faktisch gegen Nikaragua einen unerklärten Krieg entfesselt und sind bestrebt, das dort bestehende fortschrittliche Regime zu beseitigen.

Angesichts des groben imperialistischen Drucks hält sich Nikaragua standhaft. Der innen- und außenpolitische Kurs der sandinistischen Führung findet, wie die soeben stattgefundenen Wahlen zeigen, bei der beträchtlichen Mehrheit der Bevölkerung Verständnis und Billigung. Doch dieses Land, das gezwungen ist,

gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden, bedarf natürlich dringend der Unterstützung seiner Freunde.

Die Sowjetunion erweist Nikaragua politische, diplomatische, wirtschaftliche und weitere Hilfe. Dasselbe tun auch die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft.

In Anbetracht der schweren Zeit, die von Nikaragua durchgemacht wird, wächst die Bedeutung unserer Hilfe für dieses Land besonders an. Den nikaraguanischen Freunden auch weiterhin allseitige Unterstützung zu gewähren, ist unsere gemeinsame Pflicht.

Es gilt, aktiv zum Kampf um eine gerechte politische Regelung der Lage um Nikaragua und in Mittelamerika insgesamt beizutragen. Unsere Position ist hier klar - wir verstehen und billigen die in diese Richtung gehenden Vorschläge Nikaraguas und anderer Länder, darunter der Teilnehmer der "Contadora-Gruppe".

Eine Konstante in unserer Politik bleibt die allseitige Unterstützung für das sozialistische Kuba, das den unverminderten Drohungen und provokatorischen Handlungen seitens der USA entschlossen Widerstand leistet. Ein aktives Zeugnis für die Solidarität mit Kuba wurde die erstmalig in Havanna durchgeführte Tagung des RGW auf der Ebene der Regierungschefs.

Nach wie vor gibt es Spannungen im Nahen Osten. Obgleich sich die USA und Israel in Libanon sozusagen die Finger verbrannt haben, haben sie auf ihre expansionistischen Pläne in dieser Region nicht verzichtet.

In der Hauptsache setzt Washington auch jetzt darauf, die Araber in einem Netz von Separatabmachungen zu verstricken. Und man muß offen sagen, daß es in der nahöstlichen Situation Momente gibt, die die Amerikaner zu ihrem Vorteil ausnutzen wollen. Man braucht sich z.B. nur die Lage in der Palästinensischen Widerstandsbewegung anzusehen.

Die auf Drängen von Arafat und ungeachtet der Einwände einiger einflußreicher Gruppierungen der Palästinenser erfolgte Einberufung einer Tagung des Palästinensischen Nationalrates verschärft die Widersprüche objektiv und gerechte folglich nur jenen zum Vorteil, die die Palästinenser auf den Weg des Versöhnlerturns zurückwerfen wollen. Offenbar haben unsere syrischen Freunde nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt, um zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten in den Reihen der Palästinenser beizutragen. Wir versuchen sie zu überzeugen, daß man die Einheit der PLO auf prinzipieller Grundlage anstreben muß, ohne es auf Einzelpersönlichkeiten abgesehen zu haben. Wir arbeiten auch mit Arafat. Diese Arbeit ist nicht leicht.

Zugleich darf man die palästinensische Bewegung nicht der arabischen Reaktion überlassen. In der Palästinensischen Widerstandsbewegung gibt es gesunde Kräfte, und man muß alles tun, um das antiimperialistische Potential dieser Bewegung zu erhalten.

Ziemlich zweideutig verhält sich König Hussein. Es ist jedoch bekannt, daß es zwischen Jordanien einerseits und den USA und Israel andererseits ernste Divergenzen gibt, und man muß diese weiterhin ausnutzen, um die Versuche zu verhindern, dieses arabische Land in eine Separatabmachung hineinzuziehen.

Wieder wird die Linie Ägyptens immer deutlicher, seine politische Rolle in der arabischen Welt wiederherzustellen. Dessen ungeachtet konnte sich Kairo nicht von den Camp David-Fesseln freimachen, und es wäre nicht richtig, dies nicht in Betracht zu ziehen.

Vieles in den Nahostangelegenheiten hängt nach wie vor von der Position Syriens ab. In den Verhandlungen in Moskau hat H. Assad versichert, daß die syrische Führung vom antiimperialistischen Kurs nicht abgehen wird und den amerikanisch-israelischen Plänen im Nahen Osten weiterhin entgegenwirken wird. Eine solche Linie Syriens haben wir unterstützt und werden wir unterstützen.

Ihre positive Wirkung behalten unsere Vorschläge zur Nahostregelung. Sie fanden breite Unterstützung, Es läßt einen aufhorchen, daß gewisse Leute, darunter auch unter den Arabern, indem sie für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz eintreten, diese auf die Schlußetappe vorlagern möchten, um die während der Verhandlungen hinter den Kulissen erzielten Vereinbarungen "abzusegnen".

Eine solche Fragestellung ist für uns unannehmbar. Jeder separate Schritt, auch unter dem Deckmantel einer internationalen Konferenz, führt vom Ziel weg, schafft neue Hindernisse auf dem Weg zu einer Regelung.

In bezug auf den iranisch-irakischen Konflikt bleibt unsere Position unverändert: im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu seiner schnellstmöglichen Beendigung beizutragen. Ein Verschleppen des Konflikts liegt weder im Interesse der einen noch der anderen Seite und spielt nur den USA in die Hände, die unter Ausnutzung dieses bequemen Vorwandes ihre Militärpräsenz in dieser Region ausweiten möchten. Wir sagen sowohl Iran als auch Irak immer wieder diese augenfällige Wahrheit.

Die Ereignisse im südlichen Afrika entwickeln sich im Rahmen der Einschätzungen, die wir den führenden Repräsentanten Angolas und Mocambiques im Zusammenhang mit jenen Vereinbarungen dargelegt haben, die sie mit der SAR eingegangen sind. Wir haben Sie über diese Einschätzungen informiert.

Es bestätigt sich, daß der Druck Pretorias auf Angola und Mocambique nicht nachläßt, auch wenn dies jetzt vorzugsweise das Werk entsprechender regierungsfeindlicher Gruppierungen ist. Gleichzeitig bedienen sich die SAR gemeinsam mit den USA und einigen ihrer Verbündeten aller möglichen Versprechungen gegenüber diesen Ländern, der Taktik des "Einschmeichelns".

Natürlich bleiben die Absichten Pretorias und seiner Hintermänner unverändert, nämlich dort, wenn schon keine Beseitigung der progressiven Regime, so doch deren Aufweichung und Umformung zu erreichen.

Es muß gesagt werden, daß Angola und Mocambique in vielerlei Hinsicht eine ungenügend feste Position einnehmen. Das hat insbesondere eine Komplizierung der Bedingungen zufolge, unter denen die Befreiungsbewegung in Namibia sowie die Kräfte tätig sind, die innerhalb der OAR gegen das rassistische Regime kämpfen. Dies auszunutzen, versucht auch Pretoria, das in letzter Zeit sein Herangehen an die Namibia-Regelung verhärtert hat.

Natürlich haben wir Angola und Mocambique bei der Verteidigung ihrer Souveränität die notwendige Hilfe gewährt und werden das auch weiterhin tun, wie wir auch die Befreiungsbewegung des Volkes von Namibia unterstützen und Solidarität mit dem Kampf aller progressiven Kräfte in südlichen Afrika üben werden.

Es ist auch weiterhin notwendig, dem Kurs der OAR und der U.S.A. entgegenzuwirken, der darauf gerichtet ist, unabhängige Länder ihrem Diktat zu unterwerfen, die nationalen Befreiungskräfte des südlichen Afrika abzuwürgen. Besonders wichtig ist es, die Politik der USA in dieser Region, mit welchen diplomatischen Spielen sie auch immer bemäntelt und mit welcher friedensstiftender Phrasologie sie auch immer verdeckt werden mag,

Zu unseren Beziehungen zur Volkerrepublik China. In den letzten Monaten wurden die Kontakte mit den chinesischen Repräsentanten fortgesetzt. In New York fand bei mir ein Treffen mit dem Außenminister der VRChina, Wu Xianian, statt. In Peking gab es die fünfte Runde der sowjetisch-chinesischen politischen Konsultationen. Wir halten diese Kontakte für beide Seiten für nützlich.

Vor Ablauf dieses Jahres ist geplant, den seinerzeit verschobenen Besuch I.W. Archipow in der VR China durchzuführen. Es besteht die Absicht, im Verlaufe des Besuchs eine Reihe von Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu erörtern. Noch ist es dazu zu früh, zu beurteilen, welche Ergebnisse diese Verhandlungen

bringen können.

Allgemein gesagt zeigt die Führung der VR China Interesse an der Aufrechterhaltung des politischen Dialogs mit uns und erweitert gewissermaßen die Beziehungen auf solchen Gebieten wie Handel, Wissenschaftsbeziehungen usw. Zugleich ist es offensichtlich so, daß eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion nicht in das augenblickliche Konzept der Führung der VR China paßt. Und das wird stets mit den gleichen bekannten Forderungen nach Beseitigung der sogenannten "drei Hindernisse" bemäntelt. Wir weisen natürlich diese Forderungen entschieden zurück.

Außerdem handeln die Chinesen in ihren Beziehungen zu uns mit Bedacht und versuchen, sich so zu verhalten, daß ihnen dies keine Schwierigkeiten bei der Vertiefung der Beziehungen zu den USA, den Ländern Westeuropas und zu Japan verursacht.

In Peking verzichtet man auch nicht auf das differenzierte Herangehen an die Länder der sozialistischen Gemeinschaft. In unseren Beziehungen zur VR China sollten wir alle dies in gehöriger Weise berücksichtigen.

Obgleich die UdSSR für eine Normalisierung und Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen eintritt, wird sie niemals dazu ihre Zustimmung geben, daß dies zum Schaden der Interessen ihrer Verbündeten und Freunde erreicht wird.

Die Erfahrungen dreier Jahrzehnte, die seit dem Abschluß des Warschauer Vertrages vergangen sind, sind ein überzeugender Beweis dafür, daß dieser Vertrag seiner historischen Bestimmung erfolgreich gerecht wird. Er schützt die Sicherheit der verbündeten sozialistischen Staaten zuverlässig und spielt eine große Rolle bei der Festigung ihrer Zusammenarbeit sowie bei der Verwirklichung des abgestimmten außenpolitischen Kurses. Der Warschauer Vertrag ist ein echter Motor für unser kollektives Auftreten, das auf die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges und die Festigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt gerichtet ist.

Die Existenz des Warschauer Vertrages und die Geschlossenheit seiner Teilnehmer ist nicht nach dem Geschmack der Gegner des Sozialismus. Daher rühren ihre nicht enden wollenden Versuche, unsere Reihen zu spalten und unseren Einfluß auf die Entwicklung in der Welt zu unterminieren.

Es ist klar, daß auch weiterhin alles Erdenkliche getan werden muß, um unser Bündnis zu festigen und seine internationalen Positionen auch künftig zu konsolidieren.

Gegenwärtig haben unsere Länder eine praktische Aufgabe zu lösen, und zwar Maßnahmen zur Verlängerung der Geltungsdauer des Warschauer Vertrages zu ergreifen. Das prinzipielle Einverständnis aller verbündeten Staaten dahingehend ist vorhanden. Der von den polnischen Genossen erarbeitete Entwurf des entsprechenden Protokolls entspricht unseres Erachtens voll und ganz dem Ziel, den Vertrag in seiner jetzigen Form zu verlängern.

Wir sind fest davon überzeugt, daß in unser aller Interesse der Warschauer Vertrag um die in ihm vorgesehene Frist, d.h., um 20 Jahre bei einer möglichen Verlängerung um weitere 10 Jahre verlängert werden muß.

Unserer Meinung nach gibt es keinen Grund, die Arbeit an der Vorbereitung eines Protokollentwurfs über die Verlängerung des Vertrages zu verzögern. Ich möchte alle Teilnehmer ersuchen, sie in allernächster Zeit, bis zu der in Kürze bevorstehenden Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses zu beenden.

Die Verlängerung des Warschauer Vertrages um die in ihm festgelegte Frist demonstriert erneut die Stabilität und Geschlossenheit unseres Bündnisses sowie unsere unerschütterliche Entschlossenheit, den Kampf für den Triumph des Friedens und des Sozialismus fortzusetzen.

Ich möchte die umfangreiche Arbeit hervorheben, die die deutschen Genossen zur Abstimmung der multilateralen Maßnahmen bei der Würdigung des 30. Jahrestages des Warschauer Vertrages mit den verbündeten Staaten geleistet haben. Wir sind der Meinung, daß der unterbreitete gemeinsame Plan zur Durchführung dieser Maßnahmen auf unserer Tagung gebilligt werden sollte.

Das Jubiläum des Warschauer Vertrages fällt fast mit einem anderen historischen Datum - dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus - zusammen. Dies ist unser gemeinsamer Feiertag und ebenso ein Festtag für all jene, denen der Frieden auf der Welt teuer ist.

Sie wissen, daß das Zentralkomitee unserer Partei einen Beschluß gefaßt hat, der ein umfassendes Programm von Maßnahmen vorsieht, die darauf gerichtet sind, den Jahrestag des ruhmreichen Sieges würdig zu begehen. Dieses Programm wurde von den sowjetischen Menschen mit Begeisterung aufgenommen und wird derzeit erfolgreich verwirklicht.

Genossen!

Mit großer Genugtuung können wir alle feststellen, daß für die Lösung der von der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses gestellten Aufgaben viel getan wurde. Diese Arbeit wird fortgesetzt. Das Leben stellt immer neue Anforderungen und Aufgaben.

Auf der in Sofia bevorstehenden PBA-Tagung werden die führenden Repräsentanten der verbündeten sozialistischen Staaten gemeinsam die Lage in Europa und in der Welt analysieren und weitere Orientierungen für die gemeinsame Linie der Bruderstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik festlegen.

"Es ist vollkommen klar, - betont K.U. Tschernenko, - daß der Erfolg bei der Erhaltung und Festigung des Friedens in bedeutendem Maße davon abhängt, wie groß der Einfluß der sozialistischen Staaten in der internationalen Arena ist und wie aktiv, zielstrebig und abgestimmt ihre Handlungen sind."

In enger Geschlossenheit werden die Staaten des Warschauer Vertrages auch künftig ihre Anstrengungen im Kampf um die Verhinderung der Atomkriegsgefahr und eine Wende zum Besseren in den internationalen Angelegenheiten mehren.